

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post; Erheblich für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra.

63. Jahrgang

Leipzig, den 21. März 1925

Nummer 23

Nicht erst in den letzten Tagen des Monats, sondern bis zum 25. März hat jeder Interessent des Gewerbes die **Bestellung des „Korrespondent“ bei der Post** vorzunehmen. Durch Verspätungen erhöht sich der Bezugspreis auf 50 Pf., weil die Post nach dem 25. eines Monats einen Zuschlag von 20 Pf. erhebt. Zustellungsgebühr 12 Pf.

Die Staatsidee des Unternehmertums

Ein Lösungswort der Unternehmer, das sie immer häufiger im Munde führen: Der Staat soll in die Angelegenheiten der Wirtschaft nicht hineinreden. In Deutschland richteten die Unternehmer im Reichstag heftige Angriffe gegen die Schlichtungsausschüsse, die das Zustandekommen von Tarifverträgen zum Zweck haben. Die Unternehmer beklagen sich über die Einmischung in die freie Gestaltung des Wirtschaftslebens. Mit der gleichen Begründung laufen sie gegen den Entwurf des neuen Arbeitsvertragsgesetzes Sturm. (Siehe „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 12. Februar.) Ähnlich steht es in andern Ländern: Die Kongressbeschlüsse der französischen Unternehmerverbände enthalten zum Beispiel ebenfalls die Forderung der Nichteinmischung des Staates in die Angelegenheiten der Wirtschaft.

Treffend hat der Abgeordnete Aufhäuser, der Vorsitzende des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, im Reichstag bemerkt: Die Unternehmer fordern immer dann Freiheit vom Staate, wenn sie gerade eine günstige wirtschaftliche Position haben. Zu andern Zeiten haben sie schon sehr oft das Eingreifen des Staates gewünscht. Dies soll an einigen Beispielen gezeigt werden. Die Behauptung muß aber noch ergänzt werden. Die Unternehmer verlangen in vielen Fragen auch heute das Eingreifen des Staates in rein wirtschaftliche Angelegenheiten. Auch dies soll gezeigt werden, um dann klar zu sehen, wie es um diese Forderung der Unternehmer grundsätzlich steht. Es gab eine Zeit, wo die Industrie die Forderung der Nichteinmischung des Staates in die Angelegenheiten der Wirtschaft in der Tat folgerichtig vertreten hat. Zu den Zeiten, als die Industrie, die damals von einer neu aufkommenden Klasse gegenüber den feudalen Mächten getragen wurde, noch in ihren Anfängen war, verlangte sie Selbstbestimmtheit für alle Lebensverhältnisse. Hinter der Forderung der Ungebundenheit versteckte sich das neue Lebensgefühl der in der Gesellschaft neu aufsteigenden Elemente, die sich Geltung verschaffen wollten. Die englische Stadt Manchester war der geistige Mittelpunkt für diese Bewegung, welche über den Freihandel hinaus den Gedanken der Ungebundenheit durch den Staat vertrat. Angesichts der in unsern Tagen wieder oft gehörten Forderung der Unternehmer, der Staat solle sich in die Wirtschaft nicht einmischen, könnte jemand im ersten Augenblick glauben, wir stünden hier einem neuen „Manchesterismus“ gegenüber. Davon kann aber keine Rede sein.

Was haben nicht die deutschen Unternehmer alles vom Staat seit dem Kriege gefordert und erhalten? Die billigen Reichsbankkredite, die sie in der Inflationszeit erhielten und durch die sie sich zum Schaden der ganzen Bevölkerung bereicherten, waren Geschenke des Staates an sie. Die Zuwendungen des Staates während des passiven Widerstandes, die sie zur Erweiterung und Ausbesserung ihrer Betriebe verwendeten, waren ebenfalls wirtschaftliche Vorteile, die sie vom Staate forderten und erhalten haben. Auch die Unternehmer des Buchdruckgewerbes haben in dieser Richtung schon sehr weitgehend die Hilfe des Staates in Anspruch genommen. (Keb.) Wenn die Unternehmer jetzt eine Erlebigung der Aufwertungsfrage in ihrem Interesse anstreben, so soll damit wieder der Staat sich für ihre wirtschaftlichen Interessen verwenden.

Die Unternehmer fordern auf mannigfaltige Weise vom Staate, daß er sich zu ihren Gunsten in die wirtschaftlichen Angelegenheiten einmischen soll. Sie wünschen, daß der Staat seine Beamten und seine Arbeiter in den öffentlichen Betrieben nicht besser bezahle, als die Privat

industrie es tut, beziehungsweise niedrige Gehälter und Löhne bestimme, damit die Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie nicht mit Lohnforderungen hervortreten. Mit andern Worten: Der Staat soll sich zum Lohndruck für die Privatindustrie hergeben. Sie wünschen aber auch die direkte Einmischung des Staates in verschiedenen Fällen. Die eine Industrie verlangt staatliche Unterstützung in Form von billigen Krediten oder in anderer Weise. (Siehe die jüngste Anleihe für die Werkunternehmungen!) Die andre möchte durch Einmischung des Staates billige Frachtsätze für ihre Produkte erhalten. Die Ausfuhr soll durch staatliche Intervention gefördert werden. In dieses Gebiet gehören die verschiedensten Eingriffe des Staates, auch abgesehen vom Abschluß von Handelsverträgen, die eine wirkliche Staatsaufgabe darstellen. Für die Begünstigung der Ausfuhr verlangen die Unternehmer Frachtbegünstigung, in manchen Fällen Rückvergütungen (Ausfuhrprämien), Kredite usw. Ist der Staat auch nach außen hin mächtig — was für Deutschland zurzeit nicht zutrifft —, so soll er sich auch machtpolitischer Mittel bedienen — wirtschaftspolitischer Imperialismus! —, um die Ausfuhr der eigenen Industrie und Landwirtschaft zu fördern. Neben dem Militär und der hohen Bürokratie ist doch die Großindustrie die Trägerin des Imperialismus, der gewaltsamen Ausdehnung zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile. Völlends liegt die Einmischung des Staates in wirtschaftliche Angelegenheiten vor, wenn er zugunsten der Unternehmer beziehungsweise Großgrundbesitzer Industrie- und Getreidezölle einführt. Daß die Zölle unter dem Titel des „Schubes der nationalen Arbeit“ eingeführt werden, macht dabei keinen Unterschied. Die Unternehmer fordern vom Staate, daß er die Bildung von Kartellen erleichtere, auch durch positive Einwirkung, vor allem durch die Einführung von hohen Zöllen, die die Kartellbildung erst ermöglichen.

In andern Ländern machen die Unternehmer, die das Wort von der Nichteinmischung des Staates ebenso oft betonen, dasselbe. Die englischen Unternehmer fordern den besonderen Schutz der national wichtigen sogenannten Schlüsselindustrien, wozu sie die Spielwaren und ähnliche Industrien hinzurechnen. Gehen Banken oder Industrieunternehmen durch überstülzte Spekulationen zugrunde, so muß der Staat die verkrachten Unternehmungen sanieren. (Italien, Österreich, Norwegen usw.) Staatliche Kredite sollen nur Ländern gewährt werden, die die Anleihen zum Warentauf aus dem kreditgebenden Lande verwenden. Die Unternehmer der Siegerländer forderten die Festsetzung der Reparationslast in einer Höhe, daß die Produktionskosten der deutschen Industrie wesentlich erhöht und ihre Konkurrenzfähigkeit unterbunden werden soll.

Die Forderung der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft wird heute gleichzeitig von den Vertretern des Industrie- und Finanzkapitals wie vom Agrarkapital gestellt. Letzteres kämpft gegen jede Form der Zwangswirtschaft, und seine Bestrebungen gehen Hand in Hand mit denen der Großindustrie. Im Gegensatz zum alten Manchesterismus haben sich die feudale und industrielle Klasse in diesen Tagen zusammengefunden. Bei näherer Beobachtung stellt sich sofort heraus, daß ihre Kampffront nicht gegen die Einmischung des Staates an sich, sondern gegen die Forderungen der Arbeiter gerichtet ist.

In allen diesen Bewegungen kommt eine neue Idee nicht zum Ausdruck. Die Ablehnung der Intervention des Staates, die auf einem französischen Unternehmungskongress folgendermaßen formuliert wurde: „Wie wollen vom Staat seine Unterstützung, seine Ratsschlüsse, seine Mitwirkung, wir lehnen aber energisch jede Einmischung, jede Beherrschung, jede lähmende Reaktion ab“, ist in ihrem Munde nichts als Heuchelei. Sie wird praktisch nur angewendet, so oft die Machtposition des Agrar-, Finanz- und Industriekapitalismus oder seine Interessen dies wünschenswert erspähen lassen. Infolge der Wirtschaftskrise haben die Unternehmer über die Arbeiter ein Übergewicht erlangt und es scheint ihnen, daß sie dieses besser ausnützen können, wenn der Staat, welcher den Schein eines sozialen Gemeinwefens wahren muß, auch wenn er, wie jetzt in Deutschland, vom Kapital beherrscht wird, in den Fragen des Arbeitsrechtes möglichst ausschaltet wird. In allen Fragen jedoch, wo sie sich von einem Eingriff des Staates wirtschaftliche Vorteile versprechen, wird die Forderung der Nichteinmischung stillschweigend fallen gelassen und wird der Staat im Gegenteil zu tatkräftiger Hilfe anrufen. Nur in diesem Sinne können wir das Schlagwort von der Nichteinmischung des Staates bewerten.

H. P.

Vormarsch der Arbeiterbewegung trotz alledem!

Der Launen, Leichtsinnigkeiten gibt es in der Arbeiterbewegung noch allzu viele. Sie muß man öfter an der Hand nehmen, ihnen freundlich auf die Schulter klopfen und ihnen neuen Mut und neues Hoffen geben. Ohne den felsenfesten, durch keinen Rückschlag zu erschütternden Glauben an die Erfüllung der sozialistischen Ideale wäre es um die Lehre der absoluten Gemeinschaft schlecht bestellt.

Wie geben wir aber den Verzagten neuen Mut und neues Hoffen? Selbstverständlich nicht mit leeren Redensarten. Tatsachen müssen aufmarschieren, die jedem Arbeiter beweisen, daß es durch die nimmerermüdete Arbeit der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie stets vorwärts geht. Vergleiche zwischen früher und jetzt müssen wir ziehen, um den Vormarsch der Arbeiterfrage zu beweisen. Hier muß die vergleichende Geschichte ansetzen.

Diese Wissenschaft lehrt uns, daß die Höherentwicklung der Menschheit und damit auch in der Arbeiterbewegung nicht in gerader Linie steil aufwärts steigt, sondern daß sie sich kurvenmäßig bewegt wie die Welle des Ozeans. Auf Wellenberg folgt Wellental. Auf jeden großen Vorstoß der Arbeiterbewegung folgt ein scharfes Einsetzen der Reaktion, das bewirkt, daß einzelne Errungenschaften wieder verloren gehen. Aber, das ist ja das Entscheidende dieser Kurve: Das Wellental der Reaktion, das auf den Berg des Fortschritts gefolgt ist, ist nie so tief als das Wellental vor dem Vorstoß. Mit jedem neuen Vorstoß entfernt sich auch der Wellenberg von der Grundlinie, wird höher und höher, d. h. jeder neue Vorstoß bringt die Masse in eine höhere Lage. Zum Beweis hierfür einige Beispiele aus der jüngsten Geschichte: 1863 erst wurde offiziell in Deutschland die Leibeigenschaft der Bauern aufgehoben. Das war damals eine Wellenhöhe, die aber heute weit unter dem Wellental der Reaktion liegt. Mancher ostpreussische Krautunter sogenannter adeligen Geblüts mag heute noch manchmal im Traum oder am Schnapstisch die Leibeigenschaft der Bauern herbeisehnen; aber er würde es nicht wagen, davon öffentlich zu reden, auch nicht vom jus primae noctis (dem Recht der ersten Nacht bei der Braut der leibeigenen Bauern!), da ihn die Bauern seines Gutes, die Landarbeiter, steinigen, oder was viel bezeichnender wäre, auslachen würden.

Ein andres Beispiel: 1908 erst wurde die Sonntagsruhe gesetzlich; die langen Jahrhunderte vorher konnte der Unternehmer nach seinem Willen Arbeiter und Angestellte beliebig zur Sonntagsarbeit anhalten. Wie haben vor etwa 20 Jahren besonders die Ladenbesitzer in den kleinen Landstädten gemurmelt: „Wir sterben Hungers, wenn wir nicht an den Sonntagen bis mindestens 4 Uhr nachmittags unsere Läden auflassen können. Die Bauern können doch nur Sonntags einkaufen.“ Nach erbitterten Kämpfen wurde schließlich die Ruhe am Sonntag gesetzlich eingeführt, und die Kaufleute sind nicht verbungert (im Gegenteil), und jedermann hat sich daran gewöhnt, seinen Bedarf an den Werktagen zu decken. Was waren die kaufmännischen Angestellten, die Verkäuferinnen, die Mädchen der Kleider- und Schuhbranche zu jener Zeit für arme geplagte Menschenkinder, die sie außer den ersten Feiertagen an Ostern, Pfingsten und Weihnachten keinen freien Sonntag im Jahr hatten.

Dann der Kampf um den früheren Ladenschluß. Früher machte man den Ladenbesitzern überhaupt keine Vorschriften darüber, wann sie ihren Laden abends schließen mußten. Und heute? Heute sind die Ladenbesitzer, die sich damals mit Händen und Füßen gegen die Sonntagsruhe und den früheren Ladenschluß wahrten, froh, daß diese sozialen Fortschritte mit Hilfe der freien Gewerkschaften erreicht worden sind. Heute denkt auch der scharfmacherischste Ladenbesitzer nicht mehr daran, daß die Sonntagsruhe allgemein wieder aufgehoben werden könnte.

Es geht also vorwärts! Gehen wir zum Arbeitsstag über. Wie war es vor dem Krieg? Die Unternehmer konnten arbeiten lassen, so lange es ihnen beliebte, wenn nicht in den Betrieben, wo die freie Gewerkschaftsbewegung einen starken Anhang unter der Arbeiterschaft hatte, die Gewerkschaften und die Solidarität der Arbeiter dieser Unternehmerwille für einen Riegel vorschieben konnte. 10 bis 12 Stunden Arbeit am Tage war die Regel. In manchen Betrieben mußten 13 und noch mehr Stunden gearbeitet werden, ohne daß Überstunden bezahlt wurden. Der Wellenberg, die Revolution vom November 1918, brachte als eine der ersten Errungenschaften den gesetzlichen Achtstundentag. Das Wellental von 1924 hob den Achtstundentag zum größten Teil wieder auf, machte ihn zum Neun- bis Zehnstundentag. Aber selbst der größte Scharfmacher unter den Kapitalisten hat die Hoffnung, den Elf- und Zwölfstundentag wieder als Regel wie vor dem Krieg einführen zu können, endgültig aufgegeben, da er weiß, daß er diese Ausbeutung doch nicht wieder einführen kann. Dank der aufklärerischen Tätigkeit der Gewerkschaften ist die Widerstandskraft der Arbeiterschaft und der Angestellten doch so weit erstarkt, daß sie sich eine solch tiefe reaktionäre, unangenehme Verderbtheit des Privatkapitals, wie sie im Zehn- und Zwölfstundentag zum Ausdruck kommt, nicht mehr ohne weiteres bieten lassen wird. Selbst die reaktionärsten Kapitalistenblätter warnen vor einer „Überspannung des Bogens“.

Trotz alledem geht es also vorwärts, wenn uns als Zeitgenossen auch das Tempo des Fortschritts zu langsam erscheint. Ein kurzer Blick auf die kommende Entwicklung. Der Wellenberg der Arbeiterbewegung von vielleicht 1930 wird, wenn „alle Mann an Bord“ sind, als Maximalarbeitsstag nicht nur die acht Stunden bringen, er wird auch festsetzen, daß für anstrengendere Betriebe, wie in den Bergwerken, in der chemischen Industrie u. a., der Maximalarbeitsstag auf sechs Stunden festgesetzt

wird. Im Wellental der dann folgenden Reaktion von vielleicht 1935 wird die Reaktion der Scharfmacher versuchen, den Achtstundentag für alle Betriebe (auch die Bergwerke und die chemische Industrie u. a.) wieder einzuführen. Von einem Neun- oder gar Zehnstundentag wird bei ihr aber kaum noch die Rede sein.

Die entwicklungs-theoretischen Prognosen seien in nachstehender Zeichnung zum leichteren Verständnis aufgezichnet:



Ich habe diese Entwicklungskurve nur für die Arbeitszeitfrage gezeichnet. Es geht aber auch in anderen Fragen vorwärts. Wer hätte z. B. noch vor zehn Jahren zu hoffen oder vorauszulagen gewagt, daß 1924 in England, Dänemark usw. Sozialdemokraten die Geschäfte der Staaten leiten? Und was sind 10 oder gar 40 Jahre für eine winzige Zeitfrance im Leben eines Volkes und der Menschheit!

Nur noch eines: Wie wenig kaufmännische Angestellte waren vor dem Krieg im Z.M. organisiert? Die meisten der kaufmännischen und technischen Angestellten (von den Beamten gar nicht zu reden) fühlten es trotz schärfter Ausbeutung unter ihrer Würde, mit dem Handarbeiter in gewerkschaftlichen Dingen, Lohn- und Arbeitszeitfragen, Kartellverträge abzuschließen. Die Erziehungsarbeit, die hier geleistet wurde in der Frage der Gemeinsamkeit proletarischer Interessen, zur Erkenntnis der besseren Schlagkraft bei Streiks bei einem Zusammengehen mit dem Handarbeiter, ist nicht mehr aufzuzählen.

Mag auch nach natürlichen Gesetzen auf Höhe Tal folgen. Das kann uns nicht entmutigen. Wissen wir doch, daß die Spitze des nächsten Berges höher liegt, und daß das Scharfmacherium bei einem Rückschlag nur einige kleinere, im letzten Kampf verlorene Positionen zurückerobern kann.

Nun wird man fragen, warum auch in der Arbeiterbewegung Wellenberg und Wellental aufeinanderfolgen? Weil günstigere Arbeits- und Lebensbedingungen leider so viele Arbeiter lau und matt im Kampf um die Erreichung der sozialistischen Ideale werden läßt, was die kapitalistischen Ausbeuter zu neuem Vorstoß ermuntert. Auch verassen diese Launen unter der Arbeiterkraft, daß noch so viel zu erkämpfen ist. Erst der Rückschlag macht sie wieder auf die Notwendigkeit starker Organisationen aufmerksam.

Trotz alledem geht die Entwicklungskurve nach oben. Das beweist uns die vergleichende Geschichte allein der letzten 20 Jahre; sie beweist uns aber auch, daß das Tempo ein ziemlich rasches ist, wenn es uns als Zeitgenossen doch oft als zu langsam erscheinen mag. Es liegt nur an der Arbeiterschaft selbst, es zu beschleunigen.

Das Tempo der Aufwärtsentwicklung wird um so schneller sein, je schneller die Masse der Arbeiterschaft ihre wahre Lage erkennt, einig zusammensteht und jede Zerspaltung als arbeiterschädlich bekämpft. Zum endgültigen Sieg des Sozialismus aber ist notwendig, daß auch der letzte Arbeiter, Angestellte und Bauer klar erkennt, daß nur die vollkommene Solidarität aller Arbeitenden und Schaffenden die Klasse der Drohnen und Raffer unterliegen macht.

Frankfurt a. M.

Max G. Troll.

Schreibervereine und Arbeiterklasse

Unter dieser Spitzmarke läßt W. S. (Leipzig) in Nr. 16 des „Korr.“ von seinem „Buchdruckergeheimnis“ ausgehend, einen langen Sermon vom Stapel, der nicht unwiderprochen bleiben darf. Man muß ein Sachlage erst richtig überprüfen, ehe man solche ungeschwehlichen Forderungen stellt und nicht den Missetaten einer gewissen Selbstherrlichkeit erwehnen. „Der mühsame Kampf mit dem Glend ist vorbei. Die Gärten und Felder werden — nach der Arbeit — weicher bebaut usw.“ Das ist ja eine gänzlich neue Melodie! Wo ist der Kampf mit dem Glend vorbei? Etwa bei den Buchdruckern, die sich nur mühsam Schritt für Schritt ihr Existenzminimum erkämpfen können? Ein großer Prozent-satz Buchdrucker sind — der Not der Zeit folgend — Mitglieder in Schreibervereinen. Damit will uns W. S. nur glauben machen, daß die Buchdrucker plötzlich alle zu einem gewissen Wohlstand gekommen sind, so daß Gärten und Spalten zur Seite gestellt werden können, damit nicht der Verdacht der „Überstundenheberei“ aufkommt? Sollte etwa der neue Tarif unser Land derart bereichern haben, daß nun die selben selben Jahre kommen? Meines Erachtens nicht, denn die Statistik der Arbeitslosen beweist, daß u. a. auch Leipzig gegen den Tarif gestimmt hat; zum Teil doch wohl auch deshalb, weil die Lohnkala nicht bezweckmäßig. Der Einsender wolle sich einmal die Schreibervereine um Frankfurt a. M. und den Vororten und frage bei den Buchdruckermitgliedern an, ob diese vielleicht aus „Ignoranz des Achtstundentags“ nach der Ar-

beitszeit auf Spate und Spaten greifen. Nein, mühevoll Arbeit sucht die Ausgaben des Haushaltsbudgets etwas zu verringern. Diese Kolonnen als „Doppelverdiener“ und „Überstundenhändler“ zu bezeichnen, zehrt am mindesten von der Nichterfassung des sozialen Elends der breiten Massen, welches W. S. jähbar nicht kennt. In keinem Zusammenhang mit dem Erstgesagten schreibt W. S. am Schlusse seiner Ausführungen: „Die Sucht nach Garten- und Feldbesitz wird schwinden in dem Augenblick, wo der Arbeiter insstande ist, durch seinen Lohn seine Familie ausreichend ernähren zu können usw.“. Sehr richtig, hierfür kämpfen und streben wir unentwegt, lange schon, ehe wir diese lösenden Worte gelesen haben. Und wenn uns hierzu W. S. auch mit der Tatkraft helfen will, dann wird sein „Ärgernis“ — die Bebauung der Schrebergärten — bald verschwunden sein!

Frankfurt-Schwanheim.

Lehringer.

Die Antwort eines Laubentkolonisten

Das hat sich wohl der Schrebergartenreferent nicht träumen lassen, daß sein Vortrag über die Schreber(Kleingarten)vereinsbewegung, den er in Leipzig vor den Buchdruckern hielt, eine Philippika auslösen würde, wie sie Kollege W. S. (Weizsä) in Nr. 16 des „Korr.“ veröffentlicht. „Unter dem Buchdrucker Gesichtswinkel“ urteilt er da über die Kleingartenbewegung in einer Weise, die beklagenswert wenig von dem guten Willen verpüren läßt, die Gefühls- und Gedankenwelt andersgerichteter Kollegen zu begreifen, zu verstehen und zu respektieren. Da eines Mannes Rede keine Rede ist, so sei es mir gestattet, auch meine Ansicht über diese anscheinend benutzte Frage, „unter dem Buchdrucker Gesichtswinkel“, d. h. vom Organisationsstandpunkt aus, zu behandeln.

Lieber Kollege W. S.! Wer hat Ihnen ins Fetznapfchen getreten, wo haben Sie Ihre Erfahrungen gesammelt, daß Sie derart gegen den armen Laubengärtner vom Leder ziehen? Er hat doch schon genug Feinde, die ihm das Leben sauer machen und ihn mit allen Mitteln vor dem lieb-gemommenen Fleckchen Erde zu vertreiben suchen, als da sind: Grundstücksfliehler, Terrainspekulanten und ähnliche Arbeiterfeinde. Sollten sich nun auch aus den eigenen Reihen Kollegen finden, die in dieselbe Kerbe haue? Er hat während der Kriegs- und Hungerjahre unter un-säglichen Mühen und mit zöber Ausdauer trostlose Schutzabladestellen und Müllgruben, Sammelherde von Ungeziefer und Gestank, in frucht-bare und liebliche Gärten verwandelt und mußte doch mehr als einmal sehen, wie dieses von ihm so hoher Kultur gebrachte Land an kaufkräftige Fliehler überging!

Kollege W. S. wollte zweifellos die Auswüchse und Übertreibungen in der Schrebervereinsbewegung gekeln; er hebt das aber an keiner Stelle hervor, sondern verallgemeinert, indem er von „man“ spricht, ohne zu bedenken, daß er damit das Gegenteil von dem erreicht, was er bezweckt.

Die ersten beiden Absätze seines Artikels wird jeder Kleingärtner unterschreiben. Dann aber quillt Kollege W. S. verschiedenes durchein-ander: Kleingärtner und Landbesitzer. Er verwechselt den Laubentkolo-nisten mit einem Bauern oder Rittergutsbesitzer! Er bringt den Klein-gärtner in Verbindung mit landwirtschaftlichen Maschinen! Wenn da der Schrebermann behauptet, Spaten und Hacke seien rentabler als die hochentwickeltesten landwirtschaftlichen Maschinen, dann hat er tausendmal recht; denn ein Laubengarten stellt in der Regel ein eingezäuntes Stüch-chen Land von 300 qm dar... Wenn aber Kollege W. S. etwas andres meint, so gehört das eben nicht zum Kapitel „Schrebergärten“!

Das Tollste leistet er sich aber mit dem Satz: „Die Flurbücher und Landesversteigerer könnten vielleicht darüber Aufschluß geben.“ Ich befürchte, daß er sich deshalb noch vor seinen Leipziger Kollegen, die der Schreber-vereinigung angehören, verantworten muß. Nein! Nicht Flurbücher und Landesversteigerer können oder sollten über den Erfolg der Arbeiten des Laubentkolonisten Aufschluß geben, lieber Kollege W. S., sondern viel einwandfreier ein Besuch der Gartenkolonien, der jederzeit gern gestattet wird, und in erhöhtem Maße die alljährlichen Kleingartenbau-Ausstel-lungen; aber dort würde es Ihnen wohl schwer fallen, Gartenfrüchte zu bezeichnen, die nicht auf des Ausstellers Mist gewachsen sind.

Gewiß gibt es auch unter den Laubentkolonisten Raubbeine und Außen-setzer; unlautere Elemente aber werden nicht auf den Kolonien. Da-für sorgen schon die Sabungen und nötigenfalls die Kleingartenfliehler-gerichte.

Die sogenannten Kohl- und Kartoffelkleingärtner der Hungerjahre haben ihre Scholle längst wieder aufgegeben; aber ein großer Teil hat den sozialen und gesundheitlichen Wert der Kleingärten eingesehen und ist bestrebt, sich diese Erholungsstätten für die Zukunft zu sichern.

Die Kleingartenvereine verfolgen ihre Forderungen und Ideale im Rahmen des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands; sie sind bestrebt, Einheitlichkeit und System in ihre Gärten und Anlagen zu bringen, so daß auch das äußere Bild der Kolonien gehoben wird. Dazu dienen Wettbewerbe und Ausstellungen. In den Parlamenten vertreten vornehmlich Abgeordnete der Sozialdemokratie mit Nachdruck die Forde-rungen der Kleingärtner: Schaffung von Dauerkleingartenkolonien.

Rund 170 000 organisierte Kleingärtner, das sind mehr als 680 000 Einwohner Berlins, hängen um den Besitz der lieb-gewonnenen Erholungsstätte, da ihre Gärten heute zum großen Teil auf haureifem Gelände liegen. Und welchen Volksschichten gehören diese Kleingärtner an? Es sind überwiegend Arbeiter, dann kleine Beamte und Angestellte aller Parteien und Bekenntnisse, die hier einträchtig nebeneinander leben, sich dabei näher kennen und verstehen lernen. Wir Buchdrucker soll-ten die letzten sein, die eine Bewegung von so hohem sittlichen Wert in

ihrer Entwicklung zu hemmen versuchen; gibt es doch genug Kleingärt-ner, die in unserer Organisation mit an erster Stelle stehen. Als ich vor Jahren zum erstenmal den Gauassessor eines sächsischen Gaues aufsuchte, fand ich ihn — nur mit Hemd und Hose angetan — in seinem Gärtchen, und sein gebräuntetes Gesicht bewies zur Genüge, daß er sich dort nicht zum erstenmal aufhielt.

Nicht hämisch glossieren sollte man das Leben und Wirken des Klein-gärtners, nicht verächtlich von ihm als „Miniatürkrautjunker“ öffentlich reden; sondern man sollte vielmehr forschen nach den Beweggründen, die auch viele unserer Kollegen zum Erwerb einer Parzelle treiben. Gerade uns Buchdruckern sollte es Bedürfnis sein, den schädlichen Folgen unrer einseitigen Berufsarbeit — oft in staubeschwängelter Luft — durch viel Bewegung in reiner Luft vorzubeugen. Das kann neben Sport und Spiel eben auch durch Gartenarbeit in wirksamer Weise geschehen. Wer aller-dings — wie Kollege W. S. — diese Beschäftigung als schlecht bezahlte Überstundenarbeit bewertet, der hat die segensreichen Wirkungen dieser Freiluftarbeit nie empfunden!

Und nun erst die Kinder! Gibt es etwas Heilsameres und Besseres für Leib und Seele des Kindes als den Aufenthalt im Garten, wo es — fern von den Gefahren der Straße — spielen kann, wie und was ihm beliebt? Wird die Erziehung des Kindes nicht tatkräftig und in bester Weise unterstützt, seine Liebe zur Natur geweckt oder gefördert, wenn es unter verständiger Leitung des Vaters ein eignes Fleckchen im Garten selbst bearbeitet und pflegt? Oh, man sollte nicht nur an die Sommer- und Erntefeste mit ihrem Kleinbim denken, wenn man die Kinder der Laubengärtner bemitleidet!

Diese Bewegung in freier Luft wird und darf natürlich keinen Kol-legen, der etwas für seine Organisation übrig hat, hindern, seinen ge-werkschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Man soll es ihm auch nicht verübeln, wenn es ihn nach Schluß der Versammlung oder nach Freier-abend hinaustreibt zu seinem Fleckchen Land. Er hat eben die Lichtseiten des Kleingartenlebens kennengelernt, die Kollege W. S. trotz angeblich eifriger Bemühung nicht entdecken konnte. Ja, da muß man schon selbst in der Schrebervereinsbewegung stehen und mitwirken. Wie überall, so ist es auch hier: je weniger einer von einer Sache versteht, desto mehr glaubt er davon reden zu können! Die Kleingärtner wissen genau, was sie mit ihrer freien Zeit anfangen; das kann man aber nicht von jedem Kollegen sagen! Mancher fürchtet sich gar vor dem Sonntag, weil er nicht weiß, wohin vor Langerweile! Aber die Versammlungen besuchen oder gar ein Amt annehmen? Nein, dazu haben diese Kollegen, die ich au-lecht im Auge habe, auch keine Lust.

Also, Kollege W. S., suchen Sie die Versammlungsschwänzer, Vano-ranten und Indifferenten nicht nur unter den Laubengärtnern. Es sind aumeist gemüthliche und sehr umgänglich Kollegen, mit offenem Blick und Verständnis für alle Einrichtungen und Organisationen, die die Sebung der Arbeiterklasse zum Ziel haben!

Berlin.

Charles.

Miniatürkrautjunker

Nicht diese Überschrift ist es, die an sich jeden richtigen Schreber-gärtner völlig kalt läßt, sondern das bunte Gemälde des Kollegen W. S., von keiner Sachkenntnis getrübt, zu einem wirklichen „Gericht“ zusam-menzusetzen, welches aber nur auf Latzschalen basieren soll.

Die Schrebervereine sind nach fünfzigjährigem Bestehen auch heute noch eine soziale Tat ersten Ranges! „Laßt uns unsern Kinder leben“ ist auch heute noch unser Leitmotiv! Und wir handeln tatkräftig danach. Gehen Sie, Kollege W. S., einmal hin auf die Spielplätze, wo zwei- bis dreimal wöchentlich unter Spielleitern unsere Kinder sich tummeln in reiner, frischer Luft. Ausflüge, kleine Reisen, Misch- und Katakolonien, Winterunterricht im Winter usw. Bestanden schon viel eher, als die neue Organisation „Kinderfreunde“ „erfunden“ wurde. Der Erwerb aus dem Garten war nur 1923 die Hauptache, jetzt ist ein Schrebergarten be-bauen, genau wie früher ein „Sport“. Aber ein gesunder Sport! Es ist schon ein Unterschied, ob ich Überstunden in dumpfer Bleiluft für einen Unternehmer schiebe, oder ich „arbeite“ in meinen sechs bis acht Beeten jeden Abend in frischer Luft im Sommerhalbjahr, habe ich doch außer einer wirklichen Erholung noch einen kleinen Nutzen: z. B. Erdbeeren, Fruchtweizen aus Beeren, Obst, etwas Gemüse, Blumen, letztere verschwin-den das ganze Jahr nicht aus dem Heim, wieder zur großen Freude der Familie. In 26 Wochen acht Beete „bestellen“ und ab und zu mal stecken, das ist doch keine „Überarbeit“! Ich glaube, Kollege W. S. kennt die Gartenbewegung nur vom Hörensagen. Von unsern Zeitschriften hat er keine Ahnung. Eine grobe Beleidigung ist die Anspielung von wegen „Klauen“! Nicht ein Fall nach unserer Zeitschrift „Garten und Kind“ ist bei der Polizei in Sachsen zur Anzeige gebracht worden!

Doch ich fühle instinktiv heraus, wo Kollege W. S. hinaus will. Die Schrebervereine sind keine Versammlungsbesucher usw., sind indifferent für alles! Gerade das Gegenteil kann ich feststellen! Die „Krautjunker“ haben vielleicht mehr Sinn und Liebe für das, was unserm Volke not tut, als W. S. vielleicht ahnt. Mehr Sonne! Mehr frische Luft! Mehr Stehlungen! Genügend Lohn! Gätten die Schlagworte des Kollegen W. S. lauten müssen! Siehe Amerika und England mit 80 bis 90 Proz. Einfamilienhäusern! Ja Kollege W. S. ist verdammt wenig von Kultur verlehrt.

Die Brachlandbesitzer werden selbstredend nicht hierher! Das war eine bloße Artgassenschmung und sie verschwinden, wie sie gekommen sind!

Ich will W. S. aber gleich weiter richtigen „Salat“ einmachen, das mit er erkennt, an was unsre Zeit noch krankt: An der U b e r o r g a n i s a t i o n ! Da gibt es: Arbeiterturnen, Athleten, Radfahrer, Schwimmer, Radios, Skat, Kegler, Naturfreunde, Fußball, Tennis, usw. Vereine und Vereinen, Schach, Karnival, Kanarienvogel-Klubs, Freidenkervereine usw. Abgesehen von den politischen Parteien und Gewerkschaften mit ihren Sparten, noch eine Reihe Bildungsvereine und Ausschüsse, darunter auch die „Kinderfreunde“. Alle natürlich mit ihren „Angebotstellen“. Wo soll man nun hingehen? In alle — oder keinen? Die Schreibervereiner sind in den wichtigsten Organisationen (Partei, A.B.V., Gewerkschaft, Sparte) meistens Mitglied, in letzteren beiden restlos, mithin fallen die Schlussfolgerungen des Artikels von W. S. glatt zusammen. Deshalb lassen Sie uns, Kollege W. S., unsern „grünen Fleck“ und „unsre Sonne“ in der freien Natur. Suchen Sie die Indifferenten lieber mal bei denen, die keinen Garten haben, die noch nie eine Arbeiterzeitung gelesen haben, in jedem Blüthenvereine sind, täglich an die „Bonzen“ schlupfen, nie in eine Versammlung gehen. Unsre Gartenbewegung spricht für sich selbst: Gesunde Kinder, Jugendspiele, Sonnenbäder (in Badehöfen), geistige und seelische Erholung, Einfamilienhaus, Grüngürtel um die Stadt, Freude und Leben überall auch ohne das Organisationswesen, „Kinderfreunde“. Die Frau gehört ins Haus, für die Erziehung! Und nicht zum Doppelverdienst in die Fabrik. Wie es bei der Hälfte der Arbeiter leider noch der Fall ist. Nicht fremden Leuten wollen wir unsre Kinder anvertrauen, sondern selbst mit ihnen hinauswandern! „Ausreichend“ können wir uns noch lange nicht ernähren, darunter verstehe ich etwas ganz andres, geschweige „standesgemäß“ kleiden usw. (Siehe Gardinen, Betten, Anzüge usw. — alles verfällt.)

Aber wenn auch nie das Ziel erreicht wird für die alt werdenden, was ich oben angedeutet habe, auf eigener Scholle mit Huhn und Ziege, mit „Erspartem“ seine Tage zu beschließen, so wäre es an der Zeit, tatkräftig für den andern Teil, für die gewundenen und in der Stadt Wohnenden dafür einzutreten, daß die Invaliden- und Altersrenten so erhöht werden, damit wir, zum „Lumpenproletarier“ 1923 abgestempelten Arbeiter, nicht elend in den Siefen einströmen dürfen. Das wäre eine wichtige Aufgabe der Zukunft! Sie sehen, Kollege W. S., „die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespennagen!“

Leipzig.

E. S.

Schlusswort!

Die entstandene Polemik über meinen Artikel „Schreibervereine und Arbeiterklasse“ erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß wichtige Sätze, allerdings parteipolitischen Inhalts, aber zum besseren Verständnis durchaus notwendig, gestrichen worden sind. Die verschiedenartigen Auffassungen in nur drei Erwiderungen zeigen aber doch am besten, wie groß die Verzerrungen und wie egoistisch jeder einzelne eingestellt ist.

Kollege S. (Leipzig) als Kassierer von einem Vereinsmeiers hat da einen „Salat“ aufgeschicht, der schwer zu verdauen ist. Seine „instinktive Erkenntnis“, wo ich hinaus will, erstickt er mit einem Trüber Unkraut, von dem ein übler Geruch ausströmt. Wie fortschrittlich Kollege S. denkt, zeigt seine Auffassung über unsre Arbeiterorganisationen, über die soziale Stellung der Frau usw. Man nimmt sogar Sonnenbäder in der Badehöfen. Na, so was! Nichtig zu stellen hätte ich nur das eine, daß ich bei meinem Hinweis auf das Urteil der Feldhüter über mangelhafte Ernten in keiner Weise die Schreibergärtner im Auge hatte.

Kollege L. (Frankfurt-Schwanheim) bestätigt mir mit erfreulicher Offenheit, was ich in meinem Artikel über den eigentlichen Zweck der Schreibervereine gesagt habe. Wir sind also wohl einer Meinung, daß die Schreibergärten ein Palliativmittel sind, die Schreibervereine aber ein Symptom sind. Der Reichsverband versteht sehr wohl, die Gewerkschaften und politischen Parteien mobil zu machen, wenn es gilt, für sich Vorteile zu schaffen, die Mitglieder aber in ihrer großen Mehrheit — also nicht alle — diskutieren eifrig in den Vereinskontingen über das wohlthätige Alkoholverbot — in Amerika.

Auf was es mir in meinem Artikel überhaupt ankam, hat Kollege Ch. (Berlin) am Ende seiner Erwiderung leider nur gestreift. Die Schreibergärten können für manchen ihrer „Besitzer“ eine Erholung sein, wenn die Zeit dazu vorhanden ist. Aber, Kollege Ch., wir haben leider sehr wenig Zeit, wenn wir vorwärts kommen wollen. Alle Vereine, außer den betonten Bildungsvereinen der Arbeiterschaft, sind aber Kester und Brutstätten des Indifferentismus. Wenn ich die Schreibervereine besonders angegriffen habe, so deshalb, weil sehr viele ihrer Mitglieder trotz Zugehörigkeit zur Gewerkschaft offene oder versteckte Gegner der Arbeiterorganisationen sind.

Leipzig.

W. S.

* Da der Urheber dieser Auseinandersetzung in Leipzig wohnt, haben wir ihm, um die Sache möglichst kurz und schmerzlos zum Abschluß zu bringen, von den vorstehenden Erwiderungen auf seinen Artikel nur ihrer Vereinfachung Kenntnis gegeben, damit er in einem kurzen Schlusswort eventuelle Mißverständnisse richtigstellen kann. Schon bei der Einleitung des hier in Frage kommenden ersten Artikels des Kollegen W. S. haben wir den Verfasser darauf aufmerksam gemacht, daß seine Beurteilung der Schreibergärten oder Kontingenten nicht ohne scharfe Proteste bleiben wird. Da wir jedoch aus eigener Erfahrung auf diesem Gebiete im Laufe der Jahre manche Überpassungen kennen gelernt haben, so haben wir uns bei den von W. S. bemängelten Erreichungen nur auf solche Sätze beschränkt, die mehr parteipolitischer Natur waren. Nur dadurch war es möglich, diese Angelegenheit vom neutralen Standpunkte aus zur Diskussion zu stellen. Wir leisten uns in diesen Streit nicht einmischen, da nach unserer Auffassung das für und wider von den Einsendern genügend erörtert ist, womit auch Schluss dieser Debatte eintritt kann. Die Redaktion.

Korrespondenzen

Deffau. Ein Ortsverein, der über 25 Pros. Jubilare in seinen Reihen zählt, dürfte wohl zu den Seltenheiten gehören. Im Jahre 1925 zählt Deffau 58 Jubilare. 25—30 Jahre im Verband sind 23, über 30 Jahre 22, über 40 Jahre 11 und 50 Jahre 2. Die beiden letzten sind der Setzer **Wolff Schwarzkopf** (1. Juni 1875) und der Korrektor **Emil Weiler** (8. April 1875). Beide sind noch am Kasten und Pult tätig. Die Mitgliederzahl beträgt augenblicklich 191.

Erlangen. Die diesjährige Generalversammlung des Bezirks Erlangen-Forchheim-Ebermannstadt-Söckstadt a. d. A. fand am 22. Februar in Erlangen statt. Erschienen waren von Erlangen 37, von Forchheim 8 und von Ebermannstadt ein Kollege. Nach Erstattung des Kassens- und Jahresberichtes hielt Bezirksvorsitzender **Pfister** einen von der Versammlung mit Aufmerksamkeit verfolgten Vortrag über: „Die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse im Buchdruckgewerbe in der Vergangenheit.“ Heißer Beifall lohnte dem Vortragenden für seine lehrreichen Ausführungen. In der Aussprache über den neuen Tarifabschluß wurde das geringe Ergebnis bemängelt, aber im großen und ganzen die Arbeit der Gehilfenvertreter anerkannt, da es sich doch, wie der Vorsitzende bemerkte, um einen Reichstarif handelte. Die tariflichen Verhältnisse im Bezirk sind befriedigend. Folgenden fünf Erlanger Kollegen wurde für 25jährige Mitgliedschaft die Verbandsnadel überreicht: **Döres, Knorr, Limmert, Prütting** und **Zorn**. Der Vorsitzende gedachte in ehrenden Worten besonders der Verdienste des Kollegen **Döres** als langjähriger Orts- und Bezirksvereinsvorsitzender. Die bisherige Vorstandschaft wurde per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Der im Anschluß an die Versammlung arrangierte Familienabend verlief bei Musik-, Gesangs- und humoristischen Vorträgen in fröhlichster Stimmung.

Frankfurt a. M. (Majhinenjäger.) Die am 1. März abgehaltene, sehr gut besuchte Generalversammlung unsrer Vereinigung wurde wegen Krankheit des ersten Vorsitzenden vom zweiten Vorsitzenden **Max Baer** geleitet. In einer kurzen Ansprache gedachte der Versammlungsleiter des verstorbenen Reichspräsidenten; zur Ehrung des großen Toten erhob sich die Versammlung von den Plätzen. Der neue Tarif wurde einer sehr kritischen Beurteilung unterzogen. In der heutigen Konjunktur und besonders vom Standpunkt der Maschinenleger wäre er ablehnungswürdig gewesen. Das Arbeitszeitabkommen sei nicht restlos beseitigt und auch in finanzieller Hinsicht sei man nicht befriedigt. Es folgte der Jahresbericht, dem zu entnehmen war, daß es innerhalb der Sparte in jeder Beziehung wieder aufwärts geht. Das Interesse an der Sparte und deren Veranstaltungen ist wieder sehr lebendig geworden. Auch als Zeichen unsrer Wiedererstarkung ist es zu bewerten, daß die Vereinigung in der Lage war, den Jahresbericht mit Abrechnung und Mitgliederverzeichnis wieder gedruckt den Mitgliedern vorlegen zu können. Die Mitgliederzahl wächst dauernd. Wohl alle während der Inflationszeit von ihrem Beruf abgewandene Kollegen können wieder in ihm unterkommen. Der Kassensbericht zeigt einen günstigen Stand. Bei einem Vermögensbestand von 0,80 M. am 1. Januar 1924 für die Gaukasse, stellt sich derselbe am 1. Januar 1925 auf 323,28 M.; die Bezirkskasse, die aus der Inflationszeit 4,41 M. rettete, zeigte am 1. Januar 1925 einen Bestand von 132,80 M. Die von den Revisoren beantragte Entlastung des Kassierers wurde einstimmig erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes erfolgte durch einstimmige Wiederwahl des alten. Die Bestetzung der Revisoren und einer Technischen Kommission wurde glatt erledigt. Großen Anklang unter den Mitgliedern findet ein zurzeit noch laufender technischer Kursus über die praktische Vorführung und Erläuterung der bekannten 25 Fragen von **Max Hartmann**, die im Verlag des Bildungsverbandes in einer preiswerten Broschüre erschienen sind. Dem Kursusleiter, **Kollege Jaun**, dem ihm behilflichen Kollegen und dem Bearbeiter der hiesigen „Vollstimme“ sei schon heute dafür herzlich gedankt. Es wurde beantragt, daß eine hiesige große Druckerei in den Fachblättern durch aufstrebende Inserate erklaffige Maschinenleger sucht, die sich dann jedoch kaum als solche betätigen können. Ferner wurde Klage geführt gegen einen Herrn **Kullmann**, der sich hier als „Maschinenreißer“ an der Maschine betätigt, obgleich er eine wohl auskömmliche Stellung als Abteilungsleiter bei der Schriftsetzerei **Dr. Stempel A.-G.** hier hat und nebenbei noch Vorsitzender des Christlichen Transportarbeiterverbandes sein soll. Dieser vielseitige Herr arbeitete neben seiner Arbeitszeit besonders abends bei verschiedenen Firmen und sogar, wie ein solcher Firmenbesitzer erklärte, billiger als die dort beschäftigten Maschinenleger. Es wäre Zeit, diesem Herrn das Handwerk zu legen. Ein nicht minder „feiner“ Mann scheint der hier als Geschäftsführer, Maschinenleger und Bundeshauptling sich produzierende Herr **Flamm** zu sein, der sich in seinem Hab gegen Verbandsmitglieder nicht genug tun kann und dazu jedes Mittel benutzt; auf der andern Seite aber auch Verbandsmitgliedern, von denen er glaubt, sie für den Gutenbergsband anfangen zu können, alle möglichen Versprechungen und Vorteile gegenüber den unfrigen zukommen läßt.

Freiburg i. B. Am 1. Februar hielten wir unsre Bezirksgeneralversammlung wie üblich am Mororte ab. Den Jahresbericht erstattete Vorsitzender **Wölfler**. Der Kassensbericht lag gedruckt vor. Vorsitzender und Kassierer begründeten hierauf die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung, und zwar auf 15 Pf. für den ganzen Bezirk. Bisher bezahlte der Morort 10 Pf. und die Bezirksorte 5 Pf. Die Versammlung ging jedoch über den Vorstandsvorschlag hinaus und beschloß, den Bezirksbeitrag ab 1. Februar auf 20 Pf. festzusetzen. Darauf erstattete Kollege **Wölfler** über eine nach Stuttgart einberufene Bezirksvereinskonferenz mit Berichterstattung über die Tarifverhandlungen einen ausgezeichneten Bericht. Die während der Inflation im Morort

eingeführte Bezahlung eines Extrabeitrages bei Sterbefällen hat sich als segensreich erwiesen, und es wurde deshalb beschlossen, diese Einrichtung auf den ganzen Bezirk auszudehnen sowie den Extrabeitrag auf 50 Pf. festzusetzen. Durch einstimmige Wiederwahl wurde dem Vorstand das Vertrauen ausgesprochen. Für den aus Gesundheitsrückichten zurücktretenden Bibliothekar und einen Beisitzer traten zwei andre Kollegen dem Vorstand bei. Über die Festsetzung der Entschädigung hatten sich die Vertrauensmänner in einer Sitzung geeinigt und schlugen eine Erhöhung um 25 Pf. vor, der auch zugestimmt wurde. Kollege Löffler unterbreitete den Plan des Vorstandes, in diesem Jahr hier ein Bezirksjohannisfest abzuhalten, der ebenfalls freudig akzeptiert wurde. Durch ein von der hiesigen „Typographia“ gut vorgetragenes Lied fand die eines besseren Besuches (besonders der Freiburger Kollegen) wert gewesene Versammlung einen schönen Abschluß.

Hildesheim. Die erste Bezirksversammlung in diesem Jahre fand am 15. Februar am Bezirksvorort statt; sie hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Sämtliche Druckorte des Bezirks waren vertreten. Einleitend begrüßte Vorsitzender Freutel die Erschienenen, insonderheit die Kollegen Kraus (Berlin) sowie Pfingsten und Hartung (Hannover). Anschließend gab der Vorsitzende den Jahres- und der Kassier, Kollege Förcke, den Kassenbericht. Beide Berichte gaben zu Beanstandungen keinen Anlaß. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Jahres 250 und am Schluß 250. Hierauf referierte Kollege Kraus über: „Gewerkschaftliche Gegenwartsaufgaben“. Durch seine vorzüglichen Ausführungen verstand es der Redner, die Mitglieder bis auf den letzten Satz zu fesseln. Mehrer Beifall befohlen den Referenten. Hierauf wurden die Bezirksangelegenheiten erledigt. Es konnte festgestellt werden, daß im Bezirk in tariflicher Beziehung alles in Ordnung ist. Sodann wurde noch die obligatorische Einführung einer Bezirkssterbefälle beschlossen. Es ist bei jedem Sterbefall eine Umlage von einer Mark für Erwachsene und fünfzig Pfennig für Kinder bis zu 14 Jahren fällig. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Bodenem gewählt.

Königsberg i. Pr. Am 3. Februar hielt unser Ortsverein seine diesjährige Generalversammlung ab. Ortsvereinsvorsitzender Sannemann eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der Erschienenen und bedauerte sehr den schwachen Besuch. Gauvorsteher Reixner berichtete ausführlich über die letzten Tarifverhandlungen und erläuterte der Reihe nach die Paragraphen. Er empfahl die Annahme des neuen Tarifs. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen für Ablehnung des Tarifs aus. Sodann gab der Vorsitzende den Jahres- und Kassenbericht, der gedruckt vorlag. Zwei weibliche Kollegen haben sich zum Verbands gemeldet. Schwierig gestaltete sich die Wahl des Vorstandes. Zum ersten Vorsitzenden wurde, da der bisherige Vorsitzende, Kollege Hannemann, seine Kandidatur verläßt und nach Berlin übersiedelt, Kollege Friß Elnner gewählt. Die Kassengeschäfte verwaltet Gauverwalter Krause. Zu Schiedsamtbeisitzern wurden einstimmig fünf Kollegen gewählt. Möge der Versammlungsbesuch im neuen Geschäftsjahre ein viel regerer werden, das ist der Wunsch des neuen Vorstandes. — Aus Anlaß des Scheidens des Kollegen Hannemann von hier blieben die Versammlungsteilnehmer noch ein Stündchen gemächlich beisammen unter Mitwirkung unserer „Typographia“, die dem Scheidenden einige ihrer schönsten Nieder mit auf den Weg gab.

Rüssin. In unserer letzten Generalversammlung berichtete Gauvorsteher Reixner über die letzten Tarifverhandlungen. Bei der Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorsitzenden kam auch das bei der hiesigen Firma Hendes („Kösliner Zeitung“) eingeführte Prämien-system zur Sprache. Die Firma, die es ablehnt, ihre Gehilfen entsprechend ihren Leistungen zu bezahlen, läßt sich jedoch in größeren Zeitabständen anwählig herab und zahlt sogenannte Prämien. Vor der Auszahlung erhält jeder ein Schreiben, in dem ihm mitgeteilt wird, daß sich die Geschäftsleistung auf Grund seiner besonders in der letzten Zeit guten Leistungen entschlossen hat, bei der nächsten Lohnzahlung einen kleinen Betrag mehr auszuzahlen. Gleichzeitig wird aber die Hoffnung ausgesprochen, daß die Arbeitsfreudigkeit auch in Zukunft so bleiben möge und das gute Einvernehmen zwischen Personal und Geschäftsleitung auch ferner bestehen bleibe. Selbstverständlich werden in der Höhe der verteilten Prämien auch gehörige Unterschiede gemacht, und so in gewisser Beziehung ein Anreizsystem geschaffen und Antrieben unter dem Personal gestiftet. Ferner kam das sonderbare Gebaren des Geschäftsführers Bentlage zur Erörterung, der bei Neueinstellungen seine neuerliche Frage nach der Organisationszugehörigkeit nicht unterlassen kann. Unter anderm machte er einem Lehrling der der Lehrlingsabteilung unseres Verbandes angehört, dieselbelei Vorwürfe und richtete in derselben Angelegenheit ein Schreiben an dessen Pflegemutter, in dem dieselbe gebeten wird, ihn zu besuchen, da ihr Sohn in „schlechte Hände“ geraten sei. Nur Gutenbergsbinder in seinem Betrieb zu haben, darauf scheint Herr Bentlage sein besonderes Augenmerk gerichtet zu haben. Wegen dieses sonderbaren Gebarens bei der Geschäftsleistung Schritte zu unternehmen, versprach Kollege Reixner und forderte alle auf, sich entsprechend ihren Leistungen entlohnen zu lassen, um so ein Prämien-system von vornherein auszuschalten und den Prinzipalen Gelegenheit zu geben, sich zu gegebener Zeit nicht ihrer „Geschenke“ rühmen zu können. Eine kurze Erklärung des Gauvorstehers zur Amnestiefrage fand einestheils Zustimmung, andernteils Ablehnung. Der Vorstand wurde in seiner alten Zusammensetzung einstimmig wiedergewählt.

Königsbrunn (Bezirk Dresden). (Situationsbericht.) Nach jahrelangen vernehligen Bemühungen ist es endlich gelungen, auch im hiesigen, von alters her als Schmerzenskind für den Gau Dresden bezeichneten Ort festen Fuß zu fassen. Die gute Konjunktur hat auch den letzten Inhaber der einzigen hiesigen Drucker, als Fachmann weitblickender als sein Vorgänger war, seit längerer Zeit veranlaßt, sich mehr

den tariflichen Standpunkt zu eigen zu machen, und vor allen Dingen auch das Koalitionsrecht der Arbeiter als eine Selbstverständlichkeit zu achten. Durch wesentliche Verstärkung des Personals und die übrige Tätigkeit unrer Kollegen hat auch die Organisation dort festen Fuß gefaßt. Während bisher bei 10 bis 12 Gehilfen sich selten ein organisierter Gehilfe halten konnte, haben wir jetzt von 18 Gehilfen 13 organisierte Kollegen dort stehen. Bereits in der Versammlung am 11. Januar konnten wir den Ortsverein Königsbrunn gründen, und damals sowie auch in der Versammlung vom 15. März wurden alle tariflichen und organisatorischen Fragen durch Vorträge des Gauvorstehers Freitag und in der darauffolgenden Diskussion eingehend erörtert. Nach zweimaligen Verhandlungen mit der Firma sind alle Differenzpunkte beseitigt und einer Annahme von Kondition bei der Firma A. Raßig steht nichts mehr im Wege. Hoffen wir, daß der kräftige Anlaß der Organisation für immer in Königsbrunn bei der Kollegenschaft die abgeschlossene Weiterarbeit garantiert.

Rükkin. In unserer Generalversammlung, die sich eines guten Besuchs erfreute, gab Vorsitzender Brückmann einen Rückblick auf das verlossene Jahr und ermahnte die Kollegen, auch im neuen Jahre treu und unentwegt zu unserer Organisation zu stehen. Bei der Vorstandswahl wurden Kollege Brückmann als erster Vorsitzender wieder- und Kollege Hupke als Kassierer neu gewählt. Unser Mitgliederbestand beträgt jetzt 24. Zur Session der Gesellschaft wurde nach vierzehnjähriger Pause wieder ein Stiftungsfest gefeiert, zu dem in dankenswerter Weise Kollege Braun (Berlin) die Festrede übernommen hatte. Anschließend wurde den Kollegen Lehmann, Böhm und Lepich aus Anlaß ihres 25jährigen Verbandsjubiläums je ein Diplom überreicht.

Ss. Birnauens. Unsere diesjährige erste Bezirksversammlung fand am 15. Februar am Borort statt und war ziemlich gut besucht. Sämtliche Druckorte des Bezirks waren vertreten. Der vom Bezirksvorsitzenden Döhm erstattete Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr fand allgemeine kritische Anerkennung, was dann auch durch die einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes noch bekräftigt wurde. Die Wiedereinführung eines Bezirksbeitrags von 10 Pf. ab 1. März wurde zum Beschluß erhoben. Gegen das leider in unserm Mitgliedergerissenen Restantenunwesen soll statutarisch vorgegangen werden, zumal es sich hier in der Hauptsache um zwei langjährige Mitglieder handelt, die sich unbedingt ihrer Verbandspflichten bewußt sein sollten. Die Besprechung des neuen Manteltarifs löste eine sehr rege, aber sachliche Debatte aus. Wenn auch irgendein Erfolg in materieller Beziehung nicht zu erwarten sei — trotz sehr guter Konjunktur —, so dürfe doch nicht verkannt werden, daß der Tarif in ideeller Beziehung als ein Fortschritt zu buchen sei. Bei allem Verständnis für die viele Kleinarbeit, die die Sparten im Laufe der Jahre in organisatorischen und technischen Dingen geleistet, sei daher deren ablehnende Haltung gegenüber dem neuen Tarif zu bedauern. Zur Pflege der Kollegialität wurde beschlossen, sich an dem geplanten Johannisfest sämtlicher pfälzischen Bezirksvereine in Neustadt a. d. S. korporativ zu beteiligen. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß der Ortsverein Zweibrücken in diesem Jahre das Fest seines 25jährigen Bestehens feiert, bei welcher Gelegenheit auch das gute Einvernehmen, das uns im abgelaufenen Jahre mit den Kollegen der „Drahtstadt“ verband, weiter bekräftigt werden soll. Kollege Döhm schloß unter allgemeiner Zustimmung die Versammlung mit dem Hinweis, daß die heutige Tagung Zeugnis ablege für eine feste Geschlossenheit und Bereitwilligkeit zu rezer Mitarbeit in unserer Organisation.

Sonnberg i. Th. Unsere Generalversammlung erfreute sich eines guten Besuches und wickelte sich in zufriedenstellender Weise ab. Vorsitzender Bierteil erstattete den Jahresbericht. Der Versammlungsbesuch war im Durchschnitt gut, und die Zusammengehörigkeit ließ nichts zu wünschen übrig. An Stelle des selbstigen Vorsitzenden, der sich Amt aus Gesundheitsrückichten niederlegte, wurde Kollege Kistenpfaß gewählt. Wegen Restierens wurden drei Mitglieder ausgeschlossen.

Weimar. In unserer Generalversammlung am 13. Februar wurden drei Kollegen in unsere Reihen aufgenommen bzw. dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen. In seinem Jahresbericht wies Vorsitzender Schäfer darauf hin, daß das vergangene Jahr ein Jahr des Kampfes war. Auch wir haben in diesen Kämpfen, wenn nicht viel, so doch einige kleinere Vorteile errungen, mit denen wir uns vorläufig zufrieden geben müssen. Durch festes Zusammenhalten wird es uns auch gelingen, noch das zu erringen, was wir notwendig brauchen, nämlich den realen Friedenslohn. Der Vorsitzende gab am Schluß des Berichtes der Hoffnung Ausdruck, daß im kommenden Jahre ein besserer Versammlungsbesuch zu wünschen sei. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Der Kassenbericht lag gedruckt vor und auch hier konnte ein schöner Aufschwung verzeichnet werden. Das ist um so erfreulicher, als wir am 19. April d. J. das 60jährige Stiftungsfest unseres Ortsvereins festlich begehen.

Allgemeine Rundschau

Annahmensewerte Beispiele. Anläßlich seines 25jährigen Geschäftsjubiläums bei der Firma W. d. Alsterum in Brandenburg (Savel) wurde einem Gehilfen ein Geldgeschenk im Betrage von 500 M. überreicht. — Die „Kreiss-Anzeiger“-Verlagsgesellschaft m. b. H. in Gardslegen gewährte ihrem Personal anläßlich des Jahresabschlusses eine Gratifikation in Höhe eines dreifachen Wochenlohnes.

Neue Forderung des Postbestellgeldes für Zeitungen. Nach neuerlicher Bestätigung des Reichspostamts beträgt das Bestellgeld für zweimal wöchentlich erscheinende Zeitungen (also auch für den „Korr.“) 12 Pf. Eine Aufrundung auf 15 Pf., wie das seither üblich war, findet in Zukunft nicht mehr statt. Bei dieser Gelegenheit sei zugleich an die rechtzeitige Bestellung des Verbandsorgans erinnert. Bis spätestens zum 25. März muß die Bestellung erfolgt sein. Durch Verzögerungen erhöht sich der Bezugspreis auf 50 Pf., weil die Post nach dem 25. eines Monats einen Zuschlag von 20 Pf. erhebt.

Wissenschaftliche Erhebung über den Gesundheitszustand der Arbeiterschaft im deutschen Buchdruckgewerbe. Im Auftrag des Hygienischen Instituts der Universität Leipzig wird in nächster Zeit eine sich über das ganze Reichsgebiet erstreckende Erhebung über den Gesundheitszustand der Arbeiterschaft unseres Gewerbes durchgeführt werden. Diese beachtenswerte und umfangreiche Aufgabe ruht unter der Leitung des Herrn Professor Dr. Seitz von der Leipziger Universität und soll dazu dienen, ein möglichst genaues und abteilweises Bild über die Gesundheitsverhältnisse der deutschen Buchdruckerarbeiter auf rein wissenschaftlicher Grundlage mit dem Ziele möglicher Förderung der Gewerbehygiene zu bieten. Die bevorstehende Ausgabe der Fragebogen wurde auf Ersuchen des in Frage kommenden Instituts in dankenswerter Weise von der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft übernommen, während die Rücksendung der Fragebogen von ihren Ausfüllern selbst an das Hygienische Institut der Universität Leipzig erfolgen soll. Der uns zur Einschickung vorgelegte Fragebogen enthält nur Fragen, die ausschließlich dem gedachten Zwecke dienen und sehr gut dazu geeignet sind. Als Berufsbezeichnungen kommen Setzer, Drucker, Korrektoren, Faktoren, Magazinverwalter, Stereotypsetzer, Galvanoplastiker, Hilfsarbeiter, Formenwäscher, Anlagearbeiterinnen, Auslegerinnen, Puntziererinnen und Aufräumer in Frage; Schriftsetzer fallen nicht unter diese Erhebung, da deren Gesundheitsverhältnisse von der gleichen Stelle aus in einer besonderen Erhebung schon untersucht worden sind. An alle Empfänger solcher Fragebogen richten wir die Bitte, die klaren und kurzen Fragen in gut leserlicher Schrift auf dem dafür vorgesehenen Raum zu beantworten und den Fragebogen dann ohne besondere Verzögerung an das Hygienische Institut in Leipzig als Brief zurücksenden. Es liegt im Interesse einer möglichst einwandfreien Klärung der Gesundheitsverhältnisse innerhalb des Buchdruckgewerbes, wenn kein Empfänger eines solchen Fragebogens die kleine Mühe scheut, die dessen Ausfüllung und Zurücksendung erfordert. Möge jeder daran denken, daß in einer möglichst genauen wissenschaftlichen Erforschung des Gesundheitszustandes der deutschen Buchdruckerarbeiter eine längst erforderliche Klarheit über die gesundheitlichen Wirkungen oder Entstehungen aus unserer Berufsarbeit gewonnen werden kann und die besonderen Eigenheiten erst dadurch hervortreten können.

Nicht mit schmutzigen Fingern essen! Diese wohlgemeinte Warnung rief ein Hamburger Kollege im neuen Heft der „Typographischen Mitteilungen“ an alle Berufsangehörigen. Er schreibt darüber: Es gibt Kollegen, die während der Arbeit essen und mit ungewaschenen Händen, mit den „Meißlingern“, ihr Brot in den Mund führen. Von Zeit zu Zeit wird ein Häppchen Brot aus dem Schußfach geholt und mit Bezaugen in den Mund gesteckt. Auch mit Obst und dergleichen geschieht es ebenso, ohne dabei zu beachten, daß an den Fingern Bleistift, also Gift, haftet. Dieses Gift, das wir doch alle kennen und bekämpfen sollten, wird mit jedem Bissen in den Mund geführt und so in den Magen geleitet. Abgesehen vom Unästhetischen, sollte doch jeder sich vor Augen halten, welche Folgen seine üble Angewohnheit für ihn und seine Familie haben kann. Wir wissen doch alle von den Schrecken unserer Berufsrankheiten, vor allem der Bleivergiftung.

Verkauf einer wertvollen Bibliothek als Material. Wie die Moskauer „Pravda“ berichtet, ist von einer Basierfabrik eine wertvolle Bibliothek von 100 000 Büchern zum Einstampfen erworben worden. Die Bücher wurden der Fabrik von einer höheren technischen Militärschule für 90 Rubel pro Rub abgetreten. Die genannte Schule hatte diese Bibliothek von einem ehemaligen Moskauer Kadettenkorps übernommen, das die Bücher im Laufe eines ganzen Jahrhunderts gesammelt hatte. Es befanden sich darunter äußerst seltene vollständige Zeitschriften-sammlungen, verschiedene Werke aus dem 18. Jahrhundert, alte Ausgaben der Werke von Shakespeare, Goethe, dem Historiker Koranfin u. a. m. Es ist nicht das erstmal, daß die offizielle Sowjetpresse sich über die Einstampfung wertvoller Bücher-sammlungen beklagt. Aber die Vernichtung wertvoller Literatur gehört nach Ansicht der nachgeordneten Organe der Sowjetmacht eben auch mit zur kommunistischen Kulturpolitik.

Freie Wohnungswirtschaft. Durch die Arbeiterpresse macht jetzt eine Notiz die Kunde, aus der mit Deutlichkeit hervorgeht, welcher „Sagen“ speziell der Arbeiterschaft aus einer vorzeitigen Aufhebung der Wohnungswirtschaft erblühen würde. In einer Magdeburger Zeitung wurde eine kleine Wohnung angeboten. Wohnzimmer und drei Kammern, keine Küche. Eine Kammer mußte erst zur Küche ausgebaut werden. Wenige Stunden nach dem Erscheinen des Inserats großer Andrang von Wohnungsbedürftigen. Die Lust zum Meien wurde sehr bald gedämpft, denn es wurde verlangt: Miete pro Jahr 1500 M. Sofort zahlbar 700 M. Außerdem sofort zu erlösen eine Vermittlungsgebühr von 200 M. Der Glückliche, der die Wohnung erhielt, mußte also 900 M. auf den Tisch legen, bevor er die sehr bescheidenen Räume beziehen konnte. Das ist ein kleines, aber vielsagendes Beispiel, für die von den Hausagariern und ihren bürgerlichen politischen Helfershelfern erkämpfte freie Wirtschaft auf dem Wohnungsmarkt. Wenn auf diesem erst alle Schranken gefallen sind, dann wird es wohl so kommen, wie es die „Dresdner Volkszeitung“

mit Recht befürchtet, daß sich Wohnungsuchende gegenseitig verprügeln. Es wird Wohnungsauktionen geben, bei denen selbstverständlich die zahlungsunfähigen kinderlosen Ehepaare den Zuschlag bekommen. Die Armen und Kinderreichen hingegen werden gezwungen sein, sich aus Kisten und allen Häusern „Gillen“ zu bauen. Das ist dann die „Wohnungsfürsorge“, die bereits ist von allen „Hesseln der Zwangswirtschaft“.

Innungsmeißlerterror. In Calbe (Saale) haben die Bäckermeister eine Mühle durch Drohung der Kundhaftentziehung gezwungen, die seit Jahren betriebene Mehllieferung an den dortigen Konsumverein aufzugeben. Das gleiche Mittel wurde mit Erfolg gegen eine Mühle in Bernburg angewandt. Jetzt besteht der Verein sein Mehl durch den Konsumverein Bernburg, dessen Lieferanten sich von den Bäckermeistern in Calbe nicht einschüchtern lassen. Die Ursache dieses terroristischen Vorgehens liegt in der Tatsache, daß die Konsumgenossenschaft Calbe gutes Brot um 5 Pf. billiger abgibt als die Innungsmeister.

Der Volkseisendieb. Viele unserer Leser werden von diesem Bunde schon gehört oder gelesen haben, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, Rat und Auskunft in allen Fragen des Reisewesens zu erteilen, gute und preiswerte Erholungsgelegenheiten auf dem Lande, sei es im Gebirge oder an der See, ausfindig und seinen Mitgliedern zugänglich zu machen; Quartiere nachzuweisen, Reise- und Wanderrouten auszuarbeiten usw. Der Volkseisendieb leistet dies alles auf eine gemeinnützige, jeden privaten Gewinn ausschaltende Weise. Er zählt viele Mitglieder in allen Gegenden des Reiches, und hat an mehreren großen Orten bereits Zweigvereine, die in der gleichen Weise arbeiten. Es kann hier nicht auf das eingegangen werden, was der Bund bereits im ersten Jahre seines Bestehens geleistet hat, auch nicht auf die weiteren Punkte seines Programms: Beranstellung von Gesellschaftsreisen (in diesem Jahr nach Rom, ins Rheinland usw.), Verhinderung erholungsbedürftiger Kinder usw. Das oben erwähnte neueste Blatt der Bundeszeitschrift, das gute Anregungen für alle Reichslustigen enthält, wird auf Wunsch von der Geschäftsstelle des Bundes, Berlin SW 48, Wilhelmstraße 44, an Interessenten versandt.

Gewerkschaftsrecht der Angestellten. Der Allgemeine Freie Angestelltenbund (AFA-Bund), die freigewerkschaftliche Spitzenorganisation der Angestelltenverbände, hält vom 15. bis 17. Juni d. J. in München einen Gewerkschaftskongress ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des früheren Finanzministers Dr. Silberding über: „Handelspolitik und Angestellte“. Über die Fortführung der Kätegehebung wird Ingenieur Schweiber vom Bund der technischen Angestellten berichten; über den Kampf um den Achtstundentag Erik Schröder vom Beirat der Reichsarbeitsverwaltung. Das Thema: „Gewerkschaften und Steuerpolitik“, behandelt Kurt Heinis vom Deutschen Wertmeisterverband. Der Geschäftsbericht wird von den Vorsitzenden Siegfried Aufhäuser und W. Stäbber erfaßt. Ein außerhalb der Sozialdemokratie stehender republikanischer Politiker wird über „Republik und Arbeit“ sprechen.

Der Stand der Eisenbahnerbewegung. Die Vorstände der Eisenbahnerorganisationen lehnten am 16. März den Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsministerium ernannten Schlichters ab. Begründend wurde dazu ausgeführt: „Die Lohnzulage trägt den Erfordernissen der Lebenshaltung nicht genügend Rechnung und ist angesichts der vom Personal verlangten Arbeitsleistung zu gering. Bedingungen über die im Tarifvertrag vorgegebenen Fristen können nicht anerkannt werden. In der Arbeitszeitfrage ist der Schiedsspruch unannehmbar, weil er nicht nur keine positive Verringerung der Arbeitszeit enthält, sondern auch gegenüber dem bisherigen Rechtszustand eine unerträgliche Bindung bis zum 31. Oktober 1925 festsetzt.“ Während sich die Gewerkschaften bereit erklärten, in neue Verhandlungen unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums einzutreten, nahm die Deutsche Reichsbahngesellschaft in empörender Weise zum Inhalt des Schiedspruchs öffentlich Stellung, damit die Situation verschärfen. Die Hauptverwaltung könne unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Erhöhung des Arbeitslohns um 3 Pf. pro Stunde von sich aus nur durchführen, wenn die Reichsregierung die zur Aufbringung der Mittel erforderliche Erhöhung der Tarife genehmigt. Bezüglich der im Schiedsspruch verlangten sofortigen Kündigung der eingestellten Ersatzkräfte wird gesagt, die Gesellschaft sei bereit, die Mehrzahl der am Streik Beteiligten mit den alten Rechten des Tarifvertrages wieder einzustellen und keine Maßnahme dieser Arbeiter vorzunehmen. Sie sei aber nicht in der Lage, sämtliche Neueinstellungen zu entlassen. Wie eine derartige Praxis von den ausführenden Dienststellen gehandhabt werden wird, darüber kann nach bisher gemachten Erfahrungen kein Zweifel mehr herrschen. Besonders diejenigen Streikenden werden auf der Strecke liegen bleiben, die sich als Funktionäre „mißliebig“ gemacht haben. Das eine derartige Auslegung des Schiedspruchs von den Organisationsleitern keinesfalls hingenommen werden kann, liegt auf der Hand. Wenn die Eisenbahnerorganisationen seit dem Schiedsspruch von einer Verbreiterung des Kampfes abgesehen haben, so geschah das unter der Voraussetzung, daß die Reichsbahn möglicherweise in ihrer Antwort eine Bereitwilligkeit erkennen lassen würde, bei weiteren Verhandlungen eine entgegenkommendere Haltung einzunehmen. Das scheint jedoch nach der Antwort der Reichsbahnverwaltung gänzlich ausgeschlossen, so daß nunmehr mit einer ernsthaften Vertiefung des Kampfes gerechnet werden muß. Es hat sogar den Anschein, als ob ein solcher Kampf von der Reichsbahnverwaltung provoziert werden soll. Aus einer Rundgebung des Deutschen Industrie- und Handelsvereins vom 11. März geht übrigens hervor, welche Einflüsse am Werke sind, um die Reichsbahnverwaltung in ihrer unannehmlichen Haltung noch zu bestärken. Der Verkehrs-ausschuss der genannten Körperschaft nahm zur Tarifpolitik der Deutschen Reichsbahngesellschaft eine Entschließung an, in der ein Abbau der Tarife der Reichsbahn überall dort

erforderlich wird, wo die Friedenshöhe nicht schon erreicht oder unterschritten ist. Weiter befiehlt der Verkehrs-ausschuß noch die Unerschämtheit, sich gegen alle Bestrebungen, den Samstagtag wieder einzuführen, und gegen die Forderungen neuer Lohnerbhöhungen bei der Reichsbahn zu wenden.

Briefkasten

R. W. in H.-K.: Karte und Bild haben sich getrennt; Soße ist also in Ordnung. Die Anfertigung der Zeichnungen und der photographischen Übertragungen ist seit Wochen im Gange.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 28, Chamißplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurier Nr. 1191

Dessau. Warnung. In Dessau hat ein Geher Willi Dammann zwei Tage gearbeitet, verschiedene Kollegen ihm angepasst und ihn dann verschwand. Sollte er irgendwo auftauchen, so bitte Adresse an M. B. S. e. i., Dessau, Weinmühlentstraße 12, II., einzuliefern.

Adressenveränderungen

Sechshain I. G. Korbhender: Ernst W. H. i. n. s. Sechshain-Raudorf 25. Sechshain II. G. Korbhender: Ulrich G. r. e. t. Rautstraße 26a. Köstlin (Bezirk und Ort): Korbhender: Robert D. e. b. e. r. i. g., Frankenstraße 11.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einkunwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse): In dem Verzeichnis I. der Korrekturen Richard K. u. h. n. a. geb. in Leipzig 1855, ausgef. das. 1873; 2. der Geher Hermann K. u. h. t. e. r. geb. in Ansbach 1. S. 1871; waren noch nicht

Arbeitslosenunterstützung

Gleitsch. Kesselfasserverwalter: Max K. e. r. r. e. n. Turnerstraße 11, v. v. I. Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung wochentags von 4 bis 6 Uhr im 'Vollshaus'-Restaurant, Große Oberstraße 18-20. Die Herberge für Durchreisende befindet sich auch daselbst.

Verammlungskalender

Veranstaltung (Gauel). Gemeinliche Bezirksversammlung mit dem Bezirk B. o. s. t. a. m. Sonntag, den 18. April, im 'Vollshaus' in Brandenburg (Gauel).

Anzeigen

Kunzigengeld: Die sechsheftige Zeile 25 Goldsp. für Vertikal, Arbeitsmarkt, Fortbildungs- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 75 Goldsp. Rabatt wird nicht gewährt.

Wie suchen für unsere Erzeugnisse (Schriften und Messinger-Alen usw.), insbesondere für unser Bodoni-Schrift nach einige Herren aus der Buchdruckbranche als Vertreter

Rechnungprüfung Großer Berliner Verlag sucht älteren erfahrenen Buchdruckersmann für Dauerstellung.

Korrektoren ferner mehrere Werk- und Alzidenzsetzer bei guter Bezahlung zum baldigen Eintritt. Bekannten wird Gelegenheit geboten, sich später als Maschinensetzer (D-Zeilen) einzustellen.

Tüchtige Anzeigensetzer bei rechtzeitiger Bezahlung in Dauerstellung sofort gesucht. Stelle und Vergütung. 7. Frauenmanns Buchdruckerei, Warscha 1. Rann.

Mehrere tüchtige Werkssetzer still sofort ein

Wir suchen zu sofort mehrere tüchtige Schriftsetzer für Inseraten- und Alzidenzsetz gegen Bezahlung über Tarif. 'Volksgenoss', Organ der SPD., Reichenhaußen.

Tüchtige Anzeigensetzer sowie ein Illustrations-Rotationsdrucker zum sofortigen Eintritt gesucht.

Katalog- und Werkssetzer zum baldigen Eintritt gesucht. Ökonomie Buchdruckerei, Erfurt.

Katalog- und Alzidenzsetzer für sofort gesucht. Angebot mit Zeugnissen und Ansprüchen erbeten an Metzendorf a. Frosch, Gutsfeld (Gauel).

Eine Schriftsetzer ein Maschinenmeister tüchtige Handsetzer für Deutsch- und Russisch sofort gesucht. Stern an Sude 3 A., G. m. b. H., Dresden 14, Dresdenstr. 22.

Wir suchen einen ersten Alzidenzsetzer der die Künste aber die Technik und den Maschinenbau mit zu durchschauen hat.

Alzidenzsetzer in Dauerstellung gesucht. Kehler'sche Buchdruckerei, Kehlische Buchdruckerei.

Alzidenzsetzer in Dauerstellung gesucht. Buchdruckerei Walter Glücker, Berlin W. 27, Wilhelmsr. 65.

Alzidenz- und Anzeigensetzer still und selbstständig arbeitend, der auch in der Maschinenreparatur bewandert ist, von Buchdruckerei in Kleinheit in Dauerstellung gesucht.

Schweizerbecken (Schweizer Drucker) zum 1. April oder später gesucht.

Schweizerbecken (Schweizer Drucker) zum 1. April oder später gesucht. August Schabus Drucker, Hamburg, Schlegelstr. 30.

Maschinenmeister und Alzidenzsetzer. Best ein- Großbuchdruckerei Jena.

Maschinenmeister für Alzidenzdruck suchen. Gebrüder Reichel, Augsburg.

Maschinenmeister tüchtiger, durchaus selbständiger Maschinenmeister in mittleren Jahren, in angenehmer Dauerstellung zu sofort gesucht.

Maschinenmeister tüchtiger, durchaus selbständiger Maschinenmeister in mittleren Jahren, in angenehmer Dauerstellung zu sofort gesucht.

Donnerstag Buchdrucker-Kalender 1925 (Preis 1 M.)

